

FREIBERUFLER-TICKER vom 30. Oktober 2020

1. BFB-Forderung zum KfW-Schnellkredit umgesetzt

Bei der Videokonferenz der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefs der Länder am 28. Oktober 2020 wurde auch [beschlossen](#), den KfW-Schnellkredit für Unternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten zu öffnen. Dies hatte der BFB seit dem Anlaufen dieses Programms gefordert.

2. BFB im Dialog zu Krisen-Instrumenten

Peter Altmaier MdB (CDU), Bundesminister für Wirtschaft und Energie, tauschte sich Ende vergangener Woche mit Vertretern von Wirtschaftsverbänden per Videokonferenz über die aktuelle Lage in den Unternehmen und Betrieben aus. Für die Freien Berufe nahm BFB-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Ewer teil. Im Vorfeld hatte er gegenüber der Deutschen Presseagentur erneut gefordert, die Überbrückungshilfe nachzubessern und einen Unternehmerlohn einzuziehen. Dazu gab es weiteres [mediales Echo](#). In der Runde signalisierte Bundesminister Altmaier Unterstützung. Beim Unternehmerlohn müssen wir eine Lösung in der Koalition finden, so Bundesminister Altmaier.

3. Rückgang der Kurzarbeit verlangsamt sich

Die Kurzarbeit ging im Oktober deutlich langsamer zurück als in den Monaten zuvor. Sie sank laut einer [Mitteilung](#) des ifo Instituts vom 28. Oktober 2020 nur noch um rund 450.000 Beschäftigte auf knapp 3,3 Millionen. Zuvor betrug der Rückgang rund eine Million Menschen im Monat. Damit sind nun noch zehn Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Kurzarbeit, nach elf Prozent im September. Laut ifo hält sich die Kurzarbeit in der Industrie besonders hartnäckig. Sie liegt dort bei 19 Prozent oder 1,3 Millionen Menschen.

4. BFB beim 12. Integrationsgipfel

Als einer von vier Wirtschaftsverbänden nahm der BFB am 19. Oktober 2020 am [12. Integrationsgipfel](#) in Form einer Videokonferenz teil. Gastgeberin Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hatte rund 130 Teilnehmer eingeladen, darunter vor allem Vertreter verschiedener Migranten-Verbände sowie Vertreter der Glaubensgemeinschaften, die Spitzen der Wirtschaftsforschungsinstitute DIW und IW sowie der Kommunalverbände. Vonseiten der Bundesregierung waren zudem weitere Ressorts vertreten. Im Vordergrund stand besonders die Aufrechterhaltung der Integration in Corona-Zeiten. Es wurde unter anderem die Sorge geäußert, dass die Corona-Folgen besonders zugewanderte Menschen treffen könnten, die ihre Arbeit verlieren und deren Spracherwerb durch fehlende analoge Kurse erschwert werde. Es wurde aber auch deutlich, dass die Integrationsbehörden und Kommunen ihre Förderprogramme, insbesondere Sprachförderung, auf digitale Angebote umgestellt haben.

5. Mehrheit gegen Recht auf Homeoffice

Die Pläne des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales für ein Recht auf Homeoffice stoßen in der deutschen Bevölkerung überwiegend auf Ablehnung. Eine Mehrheit von 56 Prozent würde einen gesetzlichen Rechtsanspruch auf Homeoffice, wie er aktuell diskutiert wird, nicht begrüßen. Dem stehen 40 Prozent gegenüber, die den Vorschlag willkommen heißen. Das ist das Ergebnis einer Befragung im Auftrag des Digitalverbands Bitkom, [vorgestellt](#) am 26. Oktober 2020. Dies ist allerdings eine Generationenfrage: Während die Gruppe der 16- bis

29-Jährigen das Vorhaben mit 51 Prozent mehrheitlich begrüßt, überwiegt in den Altersgruppen ab 30 Jahren die Ablehnung mit 58 Prozent.

6. Abschlussbericht der KI-Enquete

Nach knapp über zweijähriger Arbeit übergab die Enquete-Kommission Künstliche Intelligenz (KI) am 28. Oktober 2020 ihren zwei Tage zuvor beschlossenen Abschlussbericht an Dr. Wolfgang Schäuble, Präsident des Deutschen Bundestages. Den Schwerpunkt des Papiers bilden die Berichte der Projektgruppen. Die Kommission hatte sich in diesen in zwei Phasen umfassend mit den Themenbereichen „KI und Wirtschaft“, „KI und Staat“, „KI und Gesundheit“, „KI und Arbeit, Bildung, Forschung“, „KI und Mobilität“ sowie „KI und Medien“ befasst. Darüber [berichtete](#) der Deutsche Bundestag. Die Kommission stellt ihre Ausarbeitung unter das Leitbild einer „menschenzentrierten KI“. Die Technologie sei „die nächste Stufe einer durch technologischen Fortschritt getriebenen Digitalisierung“, heißt es in dem Bericht. Mit der Entwicklung gehe ein Wertewandel einher, der „nicht per se schlecht“ sei, aber einer „demokratischen Gestaltung“ bedürfe. Der Fokus auf den Menschen bedeutet für die Kommission, „dass KI-Anwendungen vorrangig auf das Wohl und die Würde der Menschen ausgerichtet sein und einen gesellschaftlichen Nutzen bringen sollten“.

7. Erleichterter Zugang zum BAföG durch neues Online-Tool

Laut einer [Pressemitteilung](#) des Bundesministeriums für Bildung und Forschung vom 26. Oktober 2020 können ab sofort Schüler und Studierende in fünf Bundesländern (Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Berlin) Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) über einen neuen digitalen Antragsassistenten beantragen. Das Tool wurde von Bund und Ländern im Rahmen der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) gemeinsam entwickelt. Als nächster Schritt wird er in jedem Bundesland sukzessive verfügbar gemacht und löst die bislang verwendeten je nach Bundesland unterschiedlichen Antragsangebote ab. Das Projekt ist Teil des gemeinsamen Vorhabens von Bund, Ländern und Kommunen, alle wesentlichen Behördengänge bis Ende 2022 digital zu ermöglichen – so wie es das OZG vorsieht. Der BAföG-Online-Antrag wurde im Auftrag des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat in einem Digitalisierungslabor erarbeitet. Dafür wurde ein nutzerzentrierter Ansatz gewählt, welcher die Kunden bereits bei der Entwicklung von Produkten in den Mittelpunkt stellt.

8. Gesetzlicher Mindestlohn steigt

Der gesetzliche Mindestlohn wird bis zum 1. Juli 2022 auf 10,45 Euro brutto je Stunde erhöht. Das Bundeskabinett [beschloss](#) am 28. Oktober 2020 die vom Bundesminister für Arbeit und Soziales vorgelegte „Dritte Verordnung zur Anpassung der Höhe des gesetzlichen Mindestlohns“. Die Erhöhung des Mindestlohns von derzeit 9,35 Euro brutto je Zeitstunde erfolgt in vier Stufen: zum 1. Januar 2021 auf 9,50 Euro, zum 1. Juli 2021 auf 9,60 Euro, zum 1. Januar 2022 auf 9,82 Euro und zum 1. Juli 2022 auf 10,45 Euro.